

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 28.11.2007, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:45 Uhr**

		Seite
	<u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	143/2007 5
2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2008	145/2007 6
3.	Sozialleistungsbericht 2007	144/2007 14
4.	Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Men- schen mit Demenzerkrankung	157/2007 15
5.	Eingliederungshilfe Wohnen hier: Abschluss einer Zielvereinbarung zwi- schen dem LWL und dem Kreis Warendorf	155/2007 17
6.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkei- ten	158/2007 18

Anlagen

Anlage 1 Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE

- Anlage 2 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Anlage 3 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Warendorf (Vertrauensperson für die Belange der Behinderten)
- Anlage 4 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Warendorf (Familienhebamme)
- Anlage 5 Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Warendorf
- Anlage 6 Präsentation der Seniorenhilfe SMMP gGmbH
- Anlage 7 Präsentation der Diakonie Gütersloh e.V.

Anwesend:

Vorsitz
Tünte-Poschmann, Hildegard
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Grabenmeier, Hildegunde
Hohmann de Palma, Ingrid
Hörnemann, Josef
Mors, Annette
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Wartala, Franz-Jörg
stellv. Ausschussmitglieder
Arnkens-Homann, Dagmar
Krause, Winfried
Luster-Haggeney, Rudolf
Northoff, Robert
Tegelkämper, Paul
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Funke, Dr. Stefan
Rüting, Wolfgang
Schabhüser, Helmut
Schmiele, Angelika
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.
Schürmann, Brigitte
Gäste
Dabrock, Ludger
Finkermann, Olav
Lanzrath, Eric
Vormbrock, Karin
Wapelhorst, Peter

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Hein-Kötter, Dorothea
Holz, Günter
Schmidt, Ulrike
Strübbe, Robert
Wördemann, Christiane

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 16.11.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	143/2007
-----------	--	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung 2007:
 - Reduzierung der passiven Leistungen Bund (ALG II / Sozialgeld) um 4 %
 - Reduzierung der passiven Leistungen der Kommune um 4 %
 - Erhöhung der Integrationsquote um 5,6 % auf 23,1 %
 - Erhöhung der Integrationsquote der unter 25-jährigen um 6,9 %
- zu den Maßnahmeeintritten 2007
- zur Bewirtschaftungsübersicht Eingliederungsleistungen SGB II
- zu den Zielen 2008
- zur Maßnahmeplanung 2008 für verschiedene Zielgruppen

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

Herr Wapelhorst berichtet, dass sich viele Jugendliche unter 25 Jahren darauf eingerichtet hätten, mit der Zahlung des Regelsatzes in Höhe von 347 € auszukommen. Diesen fehle oft die Bereitschaft zu arbeiten. Es bestünde zwar die Möglichkeit der Sanktionierung in Form von Kürzung der passiven Leistungen für die Dauer von 3 Monaten. Die Sanktionen führten jedoch oft nicht zu einem Umdenken der Jugendlichen. Sie würden oftmals durch familiäre Unterstützung oder Nebenjobs ihren Lebensunterhalt sichern.

Im kommenden Jahr werde sich die ARGE verstärkt bemühen, diese Jugendlichen in Arbeit zu bringen, unter anderem werde für diese Zielgruppe mehr Personal zur Verfügung gestellt.

Herr Wapelhorst teilt mit, dass der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften nicht gekoppelt sei mit einem entsprechenden Rückgang der Kosten der Unterkunft. Dieses liege einerseits daran, dass bei der Erzielung von Erwerbseinkommen des Hilfeempfängers zunächst die Bundesleistungen reduziert würden, erst dann die kommunalen Leistungen. Ca. 25 % der Hilfeempfänger erhalte aufstockende Hilfe. Des weiteren seien die Kosten der Heizung angestiegen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass der Anteil der ausländischen Hilfeempfänger dreimal so hoch sei wie deren Anteil an der Bevölkerung. Der Schwerpunkt der Integration dieses Personenkreises müsse daher insbesondere auch auf Bildung und Arbeit gelegt werden. Mit dem Bundesamt für Migration sei daher abgesprochen worden, dass die Sprachförderung für Mütter mit Kindern flächendeckend angeboten werden solle.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2008	145/2007
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Sozialausschuss liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages am 21.09.2007 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2008 vor.

Darüber hinaus liegen den Anwesenden nachstehende Anträge zum Haushaltsplanentwurf vor:

1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Entsendung von Mitgliedern des Behindertenbeirates in die Ausschüsse des Kreistages)/ (Anlage 2)
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Vertrauensperson für die Belange der Behinderten)/ (Anlage 3)
3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Personalkostenzuschuss für Familienhebamme)/ (Anlage 4)
4. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Unterstützung bei existenziellen Notlagen im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung)/ (Anlage 5)

Frau Tünte-Poschmann stellt die einzelnen Ertrags- und Aufwendungspositionen des Haushaltsplanentwurfes sowie die vorstehenden Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Zu 1.:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Entsendung von Mitgliedern des Behindertenbeirates in die Ausschüsse des Kreistages)

Frau Hohmann de Palma zieht den Antrag zurück.

Zum Produkt 050110 -Hilfe zum Lebensunterhalt- schlägt Frau Schürmann vor, dass der Ansatz bei Nr. 15 um 280.000 € erhöht wird. Die Erhöhung betreffe Aufwendungen für Taschengeld und Bekleidungsbeihilfe für Personen in Heimen, die dem Produkt 050440 -Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen- zuzuordnen sind. Der Ansatz beim Produkt Hilfe zur Pflege werde entsprechend gesenkt.

Zum Produkt 050120 -Grundsicherung im Alter/Erwerbsminderung- schlägt Frau Schürmann eine Erhöhung des Ansatzes bei Nr. 15 um 300.000 € vor. Grund sei die gestiegene Anzahl der Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen.

Zum Produkt 050210 –Grundsicherung- schlägt Frau Schürmann folgende Änderungen bei Nr. 06 vor:

Der Ansatz verringere sich einerseits in Höhe von 60.000 € um die Erstattung von Verwaltungsleistungen für die Aufgaben nach dem SGB II durch den Bund, da der kommunale Finanzierungsanteil nicht als Ertrag veranschlagt werden darf.

Des weiteren verringere sich der Ansatz um 853.000 € bei der Leistungsbeteiligung des Bundes für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, da die Bundesbeteiligung voraussichtlich von 31,2 % auf 28,6 % gesenkt werde.

Herr Dr. Funke erläutert, dass verschiedene Faktoren den Haushaltsausgleich gefährden. Nach den inzwischen eingetretenen Änderungen, u.a. die Senkung der Bundesbeteiligung, klaffe eine Lücke im Haushalt.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Absenkung der Bundesbeteiligung noch im Gesetzgebungsverfahren sei. Eine Bundesratsinitiative strebe die Bundesbeteiligung in Höhe von weiterhin 31,2 % an.

Herr Dr. Funke erklärt auf Nachfrage von Herrn Stöppel, dass auf die mögliche Senkung der Bundesbeteiligung bei der Einbringung des Haushaltes hingewiesen wurde. Seitens der Kommunen werde eine geänderte Formel zur Berechnung der Bundesbeteiligung gefordert. Diese solle sich an den entstehenden Kosten orientieren, nicht an der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften.

Insgesamt würde ein Fehlbetrag von 600.000 € bis 700.000 € im Budget des Sozialamtes entstehen.

Zu 2.:Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Vertrauensperson für die Belange der Behinderten)

Frau Mors begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Implementierung einer Vertrauensperson für die Belange der Behinderten innerhalb der Kreisverwaltung Warendorf. Dieser dringende Wunsch sei von Menschen mit Behinderung geäußert worden. Es solle sich hier nicht um einen Behindertenbeauftragten handeln.

Frau Arnkens-Homann ergänzt, dass aus Gesprächen mit Vereinen und Gruppen der Wunsch hervorgegangen sei, dass eine Vertrauensperson beim Kreis wünschenswert sei. Diese sei besser zu erreichen als ein Anliegen über den Behindertenbeirat vorzutragen. Sie regt an, einen der neuen Mitarbeiter des Versorgungsamtes für diese Aufgabe einzusetzen.

Frau Hohmann de Palma unterstützt den Antrag, da andere Kreise und Kommunen gute Erfahrungen mit einer Vertrauensperson hätten.

Herr Stöppel hält dem entgegen, dass in den Städten und Gemeinden vor Ort Ansprechpartner vorhanden seien. Diese sollten bei Bedarf angesprochen werden.

Herr Dr. Börger stellt fest, dass aufgrund des Stellenabbaus bei der Kreisverwaltung keine freien Kapazitäten vorhanden seien. Auch für die zu übernehmenden Aufgaben des Versorgungsamtes sei das Personal knapp bemessen.

Ohnehin sei in erster Linie der Landschaftsverband Ansprechpartner für die Probleme der behinderten Menschen, da dieser auch für die Finanzierung der Wohnheime und Werkstätten zuständig sei.

Frau Birkhahn erklärt, dass der im Antrag formulierte Aufgabenumfang, wonach die Vertrauensperson "informiert, koordiniert und gestaltet", durch einen einzelnen Mitarbeiter nicht erfüllt werden könne.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen**

Zum Produkt 050430 -BaföG/USG/Vertriebene/Integration- schlägt Frau Schürmann vor, dass der Ansatz bei Nr. 07 um 90.000 € erhöht wird. Der Kreis stelle einen Antrag zur Teilnahme am Landesprogramm KOMM-IN NRW über eine Landeszuwendung für die Erstellung des Integrationsberichtes.

Zum Produkt 050440 -Pflege- schlägt Frau Schürmann vor, dass der Ansatz bei Nr. 15 um 280.000 € entsprechend der Erhöhung des Ansatzes bei Produkt 050110 gesenkt wird.

Zu 3.:Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008 (Familienhebamme)

Frau Arnkens-Homann begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Einrichtung einer Stelle Familienhebamme beim Gesundheitsamt des Kreises Warendorf, mit 20.000 € als Personalkostenzuschuss.

Herr Dr. Schulze Kalthoff weist auf die vorhandenen Strukturen hin.

Er berichtet, dass im Kreisgebiet derzeit 90 Hebammen gemeldet seien, davon 51 frei Niedergelassene und 39 mit Anbindung an Krankenhäuser. Innerhalb von 8 Wochen nach der Geburt, in Ausnahmefällen bis zum ersten Lebensjahr, würden die Kosten für die Arbeit von Hebammen durch die Krankenkassen übernommen.

Seit 2002 seien Hebammen zur Fortbildung verpflichtet. Innerhalb von 3 Jahren müssten diese dem Gesundheitsamt jeweils mindestens 60 Unterrichtsstunden nachweisen.

Es sei zu prüfen, ob es sinnvoll sei, eine zentrale Einheit "Familienhebamme" zu schaffen. Es sei schwierig für eine Person, allein überall im Kreisgebiet ein aufsuchendes Angebot sicherzustellen.

Im Rahmen der Überlegungen und Planungen zur Installation eines Frühwarnsystems gegen Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern sei im Gesundheitsamt seit November 2006 eine "Aufsuchende Elternberatung" an den Standorten Warendorf und Ahlen gegründet worden. Zwei sozialmedizinische Assistentinnen mit der Primärqualifikation Kinderkrankenschwester stünden Eltern zur Beratung und Hilfe bei Problemen der Pflege, Ernährung und Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern kostenlos und vertraulich zur Verfügung. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse jedoch noch verstärkt werden, da dieses Angebot bislang nur zögernd in Anspruch genommen werde.

Herr Dr. Schulze Kalthoff weist auf die Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U7 durch Ärzte für Kinder bis zum 3. Lebensjahr hin. Hier liege die Teilnahmequote im Kreisgebiet zwischen 94 und 98,2 %. Eine Verpflichtung zur Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen werde derzeit im Landtag NRW beraten.

Des weiteren verweist Herr Dr. Schulze Kalthoff auf das flächendeckende Angebot zur Beratung und Unterstützung entwicklungsverzögerter und behinderter Kinder, das von der entsprechenden Beratungsstelle im Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werde.

Er weist darauf hin, dass das Gesundheitsamt auch die Schwangerenberatung der Schwangerschaftsberatungsstellen im Kreis finanziell unterstütze. Diese seien nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (§ 2) verpflichtet, auch ein nachsorgendes Angebot für Mütter nach einer Geburt anzubieten. Auch zu diesem Thema habe es in 2006 Gespräche mit den Schwangerschaftsberatungsstellen gegeben.

Zusammenfassend stellt Herr Dr. Schulze Kalthoff fest, dass angesichts der vorhandenen Angebotsstruktur und unter Berücksichtigung des Nutzungsverhaltens der Bürger, die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für eine Hebamme im Gesundheitsamt nicht befürwortet werde. Neben den genannten fachlichen Aspekten sei zudem eine fehlende Unterstützung durch die bereits tätigen 90 Hebammen zu erwarten, da

eine Abrechnung mit den Krankenkassen im Antrag angeregt wurde und dadurch ein Konkurrenzdenken der Familienhebamme des Gesundheitsamtes und der übrigen Hebammen unvermeidbar erscheine.

Herr Rütting weist darauf hin, dass es sehr wichtig sei, einen frühen Kontakt zu den Müttern zu suchen, daher hätten die Hebammen einen hohen Stellenwert.

Er hält es ebenfalls nicht für erforderlich, eine zusätzliche Struktur aufzubauen. Wichtig sei es, die Struktur in den vorhandenen Ressourcen zu verbessern.

Herr Stöppel stellt fest, dass nach den Aussagen der Verwaltung eine Familienhebamme nicht weiterhelfe und Sinn mache. Aus diesem Grunde müsse er für die FWG-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen.

Frau Birkhahn erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag ablehnen werde, da seitens der Verwaltung bereits alles Erforderliche veranlasst sei.

Herr Dr. Schulze Kalthoff weist darauf hin, dass Kontakte des Gesundheitsamtes mit den Hebammen bereits durch die gesetzliche Funktion als Aufsichtsbehörde und durch eine Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst bestehe. Weiterhin habe das Gesundheitsamt den Prüfungsvorsitz in der Hebammschule Ahlen inne. Es sei naheliegend, im Rahmen der Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems in 2008 auch eine Fortbildung für Hebammen im Kreisgebiet zu organisieren. Er teilt mit, dass insgesamt kein zusätzlicher Bedarf an Hebammen im Kreis erkennbar sei, eher sei das Gegenteil der Fall. Der Auslastungsgrad der vorhandenen Hebammen sei angesichts sinkender Geburtszahlen teilweise gering.

Aufgrund der Aussagen des Gesundheitsamtes sowie des Amtes für Kinder-, Jugendliche und Familien, dass die derzeitige Versorgung ausreichend ist, zieht Frau Arnkens-Homann den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zurück.

Zu 4.:Antrag der CDU-Kreistagsfraktion im Kreistag vom 16.11.2007 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2008

Frau Birkhahn begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Errichtung eines Sonderfonds in Höhe von 15.000 € zur Unterstützung bei existentiellen Notlagen im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Frau Arnkens-Homann und Frau Mors unterstützen den Antrag namens der SPD-Kreistagsfraktion.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der Sozialausschuss fasst sodann folgende **Beschlussempfehlung:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2008 wird, soweit die Zuständigkeit des Sozialausschusses gegeben ist und unter Berücksichtigung der Empfehlungen, die der Sozialausschuss zu den von ihm in dieser Sitzung beratenen Anträgen zum Haushalt abgegeben hat, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Sozialleistungsbericht 2007**144/2007**

Frau Schürmann erläutert, dass der Sozialleistungsbericht die Leistungen des Sozialamtes, des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien sowie des Gesundheitsamtes darstellt. Der Schwerpunkt im Bereich des Sozialamtes liege für 2007 auf den Bereichen Pflege und ambulante Pflege.

Frau Hohmann de Palma vermisst einen Hinweis auf die Anzahl der unangemeldeten Heimbegehungen.

Frau Schürmann teilt mit, dass die eingestellte Pflegefachkraft bereits die ersten unangemeldeten Kontrollen durchgeführt habe.

Herr Dr. Börger kündigt für die nächste Sitzung des Sozialausschusses den Tagesordnungspunkt "Heimaufsicht" an.

Frau Mors macht darauf aufmerksam, dass die Zahl der hilfeschuchenden Frauen in den Frauenberatungsstellen Beckum und Warendorf steigt. Sie bittet zu prüfen, ob die Zuschüsse für die Beratungsstellen angehoben werden könnten, wie dieses bei der Ehe- und Familienberatungsstelle der Fall sei.

Möglicherweise könnten die Frauenberatungsstellen an die Familienzentren angebunden werden.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass ein Anschluss an die Familienzentren von den Frauenberatungsstellen nicht möglich sei, da diese keine Aufgaben nach dem SGB VIII übernehmen.

4.	Ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenzerkrankung	157/2007
-----------	---	-----------------

Frau Tünte-Poschmann begrüßt zu diesem TOP Frau Vormbrock (Diakonie Gütersloh e.V.), Herrn Dabrock und Herrn Finkermann (SMMP gGmbH) und Herrn Lanzrath (Gesellschaft für Pflegesatzverhandlungen caritativer Einrichtungen der Diözese Münster) als Gäste.

Herr Dabrock erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die am 01.11.2007 in Betrieb genommene Ambulant Betreute Wohngemeinschaft Moorwiese/Oelde (Anlage 6). Diese bietet 24 Plätze für Menschen mit Demenz.

Herr Lanzrath erläutert den Vergleich Berechnung Kreis Warendorf und Berechnung SMMP. Er weist darauf hin, dass die Monatspauschale für Betreuung inkl. Hauswirtschaft nach erneuter Berechnung einheitlich 1.200,00 € für alle Pflegestufen beträgt (S. 12 der Präsentation). Vorher lag die Pauschale in den Pflegestufen 2 und 3 bei 1.450 €.

Frau Vormbrock erläutert das Projekt Pflegewohngemeinschaft für demenziell Erkrankte der Diakonie in Beckum (Anlage 7).

Herr Lanzrath räumt ein, dass es schwierig sei, bei einer Unterbringung in einer Wohngemeinschaft Kosten gegenüber einem Heimplatz einzusparen. Wahrscheinlicher seien höhere Kosten von ca. 2 – 3 %.

Frau Arnkens-Homann erklärt, dass eine gute Versorgung pflegebedürftigen Menschen im Kreis wünschenswert sei. Andererseits sei anhand der Zahlen im Haushalt zu erkennen, dass die Kosten gesenkt werden müssen, da diese vom Bürger zu tragen seien.

Herr Dr. Börger erläutert, dass es für den Kreis wichtig sei, bereits heute für Einzelfälle eine Entscheidungsgrundlage für die Wohngemeinschaft Oelde zu erhalten. Für die Verwaltung sei es wichtig, Handlungssicherheit zu haben. Der Vertrag könne nach dem Vortrag von Frau Prof. Dr. Schneider in der nächsten Sitzung abgeschlossen werden.

Frau Prof. Dr. Schneider habe sich bereit erklärt, in der nächsten Sitzung das Modellprojekt "Gemeinsam sein" des Kreises Borken vorzustellen.

Frau Schmiele erläutert, dass ein finanzieller Vergleich zwischen ambulanter und stationärer Pflege sehr schwierig sei, da die Kosten von vielen Faktoren abhängig seien. Die Kostenentwicklung müsse abgewartet werden. Aufgrund vieler Unwägbarkeiten und des individuellen Pflegebedarfs sei daher auch die Aufstellung einer Kostenprognose problematisch.

Frau Birkhahn und Frau Arnkens-Homann schlagen vor, nur über Ziff. 2 des Beschlussvorschlages abzustimmen. Ziff. 1 müsse nur zur Kenntnis genommen werden, ebenso bedürfe Ziff. 3 keiner Abstimmung.

Frau Tünte-Poschmann lässt über Ziff. 2 des Beschlussvorschlages abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Einzelfallentscheidungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege gem. § 61 ff. SGB XII werden unter Maßgabe der in den Erläuterungen unter Ziff. 5 genannten Voraussetzungen getroffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Eingliederungshilfe Wohnen hier: Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen dem LWL und dem Kreis Warendorf	155/2007
----	---	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert, dass die Kommunalen Spitzenverbände zum Abschluss der Zielvereinbarung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gedrängt haben. Aktuelle Änderungen zum derzeitigen Verfahren gebe es nicht.

Er weist auf § 6 der Vereinbarung hin, der eine Sicherung der komplementären Angebote darstellt.

In § 9 werde geregelt, dass einmal jährlich ein Auswertungsgespräch zur Information und Dokumentation mit dem LWL stattfinde.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass sich 2009 die Frage stelle, wer ab dem 01.07.2010 für das Ambulant Betreute Wohnen zuständig sein werde.

Zum 01.07.2003 wurde in Nordrhein-Westfalen die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen im Rahmen der Eingliederungshilfe auf die beiden Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland befristet bis zum 30.06.2010 übertragen.

Frau Tünte-Poschmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes eine Zielvereinbarung mit dem LWL abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Budgetbewirtschaftung**hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten****158/2007**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten im Rahmen der Mittelbewirtschaftung zur Kenntnis.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 12.45 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger
Schriftführer